

Polenreise von Bundesrat Felber (BRF)Gespräche mit Staatspräsident Jaruzelski (J.) vom 8.2.89

J. bezeichnet BRF-Besuch - den ersten Besuch eines schweizerischen Aussenministers in Polen - als wichtige Reise in einem für Polen wichtigen Augenblick. Er erwähnt die Sympathien, die viele Polen für unser Land empfinden, und meint, dass auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem, kulturellem, aber auch politischem Gebiet die bilateralen Beziehungen noch verstärkt werden könnten. Bilaterale Kontakte - in einer immer stärker miteinander verbundenen Welt - sind wichtig, um gemeinsamen Bedrohungen (Nuklearwaffen, Umweltzerstörung) gemeinsam zu begegnen. Die schweizerische Aussenpolitik, insbesondere die Politik der guten Dienste, trägt zur Kriegsverhinderung bei so wie die polnischen Abrüstungsinitiativen, deren Logik durch die kürzlichen Massnahmen der Supermächte bestätigt wurde. Polen wird seine Streitkräfte reduzieren, nicht zuletzt auch aus wirtschaftlichen Gründen. Ein Wechsel vom Berufssoldatentum auf Reservekräfte wird angestrebt, doch wird das ein langer Prozess sein. J. spricht die schweizerische, auf Verteidigung ausgerichtete Militärkonzeption an, die für mittlere und kleinere Länder zunehmend an Interesse gewinnen könnte.

Polen hat zum Osten enge und zum Weste historische Beziehungen. Es kann eine Brückenfunktion erfüllen. Die in Polen angestrebten Aenderungen sind wichtig. Wenn das Vorhaben nicht gelingt, könnte es gefährlich werden. Die ersten Schritte sind ermutigend. Aber es bleibt viel zu tun und die Situation auf Seiten der Gegenspieler der Regierung ist wenig klar, auch wenn deren guter Glaube nicht in Frage gestellt werden soll. Aber kaum haben die Gespräche am runden Tisch begonnen, gab es Streiks, die wenn sie sich ausdehnen sollten, das Land paralysieren könnten. Walesa hat zwei Vertreter zu den Streikenden gesandt, aber es geht weiter.



- 2 -

Die Forderungen der Streikenden verstossen gegen die wirtschaftliche Logik (gleicher Lohn, unabhängig von der Qualität der Arbeit). Solche Ereignisse erinnern an das Jahr 1981, als das Land am Rande des Abgrunds stand. Sie zeigen die Kompliziertheit der Lage. Die westliche Presse denkt nur in 2 Kategorien: weiss und schwarz. Die Realität ist aber viel nuancierter.

Wichtig sind die Umgestaltung des Landes in Richtung auf mehr Demokratie und die wirtschaftlichen Reformen. Diese verlangen aber schmerzhaftes Opfer von der Bevölkerung. Erste positive Resultate sind allerdings schon zu bemerken: die Steigerung der industriellen Produktion, des Exports und die Erfolge des privaten Unternehmertums. Hauptproblem sind die Verschuldung und die Inflation. J. wäre froh, wenn die Schweiz in den Wirtschaftsorganisationen Verständnis für die besonderen Probleme Polens zeigen könnte. Der wirtschaftliche Austausch sollte verstärkt werden. Polen könnte längerfristig ein interessanter Partner sein.

BRF rief die Leiden Polens im 2. Weltkrieg in Erinnerung und die Sympathien, die dieses Land in der Schweiz geniesst. Es geht uns darum, die Kontakte mit den Staaten Mittel- und Osteuropas zu intensivieren, und ein genaueres Bild über das zu gewinnen, was geschieht. Die Reise nach Polen, wo wir von allen Gesprächspartnern sehr freundlich und offen empfangen wurden, bildet einen positiven Anfang. Die verschiedenen Vorschläge für eine stärkere Zusammenarbeit werden wir prüfen und sie den zuständigen Stellen unterbreiten.

Gespräche mit Ministerpräsident Rakowski (R.) vom 8.2.8

R. bezeichnet sich als gemässigt optimistisch mit Bezug auf die Aussichten einer Einigung zwischen Regierung und Opposition. Für sich allein betrachtet bedeute eine Vereinbarung am runden Tisch noch keine Lösung der Probleme Polens, obwohl dies viele im Westen glauben. Entscheidendes hänge von dem ab, was nachher passiere. R. spricht von einer schwierigen, konfliktreichen Evolution, von einem historischen Prozess, der sich in ganz Osteuropa abspiele. Es gelte, die alte Haut abzuwerfen und eine neue anzunehmen. Es sei schwierig, dafür einen zeitlichen Rahmen abzustechen, aber die Elimination grundlegender Mängel und der Uebergang zu neuen Strukturen brauche Zeit. Wahrscheinlich sei dies Sache einer ganzen Generation.

Der Westen legt nach R. zu viel Gewicht auf die Forderung nach nationaler Versöhnung. Die Umsetzung der notwendigen wirtschaftlichen Reformen werde die Interessen vieler Gruppierungen beeinträchtigen. Man muss mit Unzufriedenen rechnen. Als Beispiel führt R. die Streiks an, die am Tag der Eröffnung der "Round table" Konferenz ausgebrochen sind: Streiks gegen Reformen, wie R. sagt. Das wird es auch in Zukunft geben und daran können auch "5 Walesas" nichts ändern. Ein anderes Problem, welches eine Vereinbarung am runden Tisch nicht lösen werde, ist die Verschuldung. Die Auswirkungen der Reformen wären 50% besser, wenn es keine Verschuldung gäbe. Eine Regelung dieses Problems ist Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung Polens.

Die wirtschaftlichen Reformen stellen Polen vor neue Probleme, für die es nicht gewappnet ist. Viele Leute sind mit dem Sozialismus unzufrieden, aber wenn die Konsequenzen von Reformen für sie schmerzhaft sind, bezeichnen sie dies als Verrat am Sozialismus. Die Leute sind dazu erzogen worden, den Staat für alles verantwortlich zu machen.

- 4 -

In Polen geht es nicht nur um wirtschaftliche, sondern auch um politische Reformen, und sogar noch um mehr, nämlich die Anerkennung und die zukünftige Rolle der Opposition. Eine Regelung der Probleme Polens liegt im Interesse Polens, aber auch der Perestroika und der internationalen Beziehungen zwischen Ost und West. Was in Polen geschieht ist nicht isoliert zu betrachten. Ein Misserfolg würde Gorbatschow und die Perestroika in Frage stellen.

Die Zukunft Polens ist, wie R. unterstreicht, die Verantwortung aller Teilnehmer an den Gesprächen am runden Tisch und nicht nur der Regierung. Das muss auch der Westen wissen. Polen ist nicht der Nabel der Welt, aber es gibt Phasen in der Geschichte, wo einem Land eine besondere Rolle zukommt. Dies trifft im jetzigen Augenblick für Polen zu.

BRF dankt für diese Analyse der Situation, die er mit Bezug auf die Zukunft von Perestroika teilt. Auch bei uns wenden sich die Arbeiter an den Staat, wenn es darum geht die Folgen von Restrukturierungsmassnahmen zu lindern. BRF drückt seine Sympathien für das polnische Volk aus und für das, was hier im Augenblick geschieht. Ein Erfolg der sich im Gang befindlichen politischen Veränderungen hätte sicher positive Auswirkungen auf die gegenseitigen Beziehungen, inklusive der Bereitschaft, sich vermehrt auch wirtschaftlich zu engagieren. Den Wunsch aller unserer Gesprächspartner, nach einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben wir zur Kenntnis genommen und werden ihn unseren Regierungskollegen übermitteln.

Gespräche zwischen Delegation BRF und Delegation
AM Olechowski (O.) am 6.2.89

1. internationale lage

brf begruesst mit genugtuung gegenwaertige klimaverbesserung zwischen den beiden grossmaechten und ihre auswirkungen auf regionale konfliktherde, namentlich im suedlichen afrika. an der loesung der namibiafrage nimmt die schweiz aktiv teil und unterstuetzt gerade auch als nichtmitglied der uno die vorgesehene un-ueberwachungstruppe mit einem sanitaetskontingent.

die schweiz wuenscht eine ebenso positive entwicklung im nahen osten. nach schweizerischer voelkerrechtspraxis ist eine anerkennung einer palaestinensischen regierung nicht moeglich, was aber gute kontakte zu vertretern des palaestinensischen volkes nicht hindert, dessen selbstbestimmungsrecht die schweiz fordert. die gegenwaertige intifada ist die schlechteste aller loesungen mit ihren zahlreichen opfern an menschenleben.

die entwicklungen in afghanistan nach dem abzug der sowjetischen truppen gibt zu ernstern sorgen anlass. die schweiz wurde um eine begegnung zwischen verschiedenen widerstandsgruppen und regierungsvertretern angefragt. im sinne der traditionellen politik der guten dienste ist sie bereit, einer solchen begegnung in der schweiz gastrecht zu gewaehren.

am o. teilt die positive beurteilung des grossmaechteverhaeltnisses und unterstreicht die verdienste gorbatschews. er hofft auf eine gute weiterentwicklung unter dem neuen amerikanischen praesidenten bush, an dessen letztjaehrigen besuch in warschau als vizepraesident er sich mit genugtuung erinnert. in afghanistan sollte eine loesung 'ohne sieger und besiegte' gefunden werden. mit sorge verfolgt polen die gegenwaertig kritische entwicklung, in der ein erhofftes

treffen zwischen schewardnadse und dem afghanischen widerstand in pakistan leider nicht zustande gekommen ist. ein andauern des krieges koennte auch andere regionalkonflikte negativ beeinflussen.

im nahen osten beurteilt o. die haltung israels als unklar. polen wuenscht eine internationale friedenskonferenz.

2. europa

brf berichtet ueber die raschen entwicklungen innerhalb west-europas und erlaeutert die stellung der schweiz zur europaeischen gemeinschaft, mit der sie durch rund 130 abkommen eng verbunden ist, der sie aber gemaess bundesratsbericht vom vergangenen herbst nicht beitreten kann. haupthindernisgruende sind neutralitaet, foederalismus und strukturen der direkten demokratie. trotz nichtmitgliedschaft in der eg ist die schweiz ein europaeisches land. brf verweist auf den europarat, der neue impulse braucht und solche aus gesamteuropaeischen fragen und dem ksze-prozess erhalten koennte.

o. bezeichnet die veraenderungen in osteuropa als grundlegenden und unausweichlichen prozess, an dessen spitze polen, ungar und die sowjetunion stehen und der auch in laendern wie der tschechoslowakei, der ddr und selbst rumaenien stattfinden werde. da heute nicht mehr von einer sowjetischen dominanz gesprochen werden koenne, sehe polen seine beziehungen innerhalb des 'gemeinsamen europaeischen hauses' primaer unter dem bilateralen aspekt und schaue deshalb ebenso natuerlich nach sueden zu seinen mittelmeerischen partnern wie nach westen, norden und osten. dies zeigten beispielsweise die noch in diesem jahr erwarteten besuche koivistos, mitterrands und des koenigs von spanien. grossen wert lege polen insbesondere auch auf eine verbesserung seiner beziehungen zur bundesrepublik. mit dem europarat habe polen kontakte aufgenommen und wolle diese ausbauen. mit bruessel stehe man in verhandlungen mit dem ziel, eine gleiche behandlung wie ungar zu erreichen. groesstes gewicht lege polen auf eine fruchtbare fortsetzung des ksze-prozesses, bedaure aber die vernachlaessigung von korb 2 (wirtschaftsfragen).

o. fragt brf novh genauer ueber die vorstellungen der verschiedenen laender ueber die entwicklung in europa, worauf beide minister die haltung oesterreichs, der skandinavischen laender und von kommissionspraesident delors eroertern.

3. bilaterale fragen

o. uebermittelt polnischen wunsch nach regelmaessigen, institutionalisierten politischen begegnungen und erwaehnt die erwarteten kontakte zwischen den parlamenten beider laender im august 89.

in den wirtschaftlichen beziehungen sind die schulden ein schweres problem, fuer das mit dem imf und dem pariser club eine loesung gefunden werden muss. o. wuenscht die wieder-gewaehrung der erg fuer polen, verweist auf das neue joint-venture-gesetz und wuerde ein bilaterales investitions-schutzabkommen begruessen.

im kulturellen und wissenschaftlichen bereich seien die be-
ziehungen befriedigend, polen schaeetze die zahlreichen auf-
trittsmoeglichkeiten polnischer kuenstler in der schweiz.
mit genugtuung verfolge man die guten kontakte zwischen
der pan (akademie) und dem bbw (besuch einer schweizer dele-
gation in warschau vor einigen monaten).

polen wuenscht vom stand des umweltschutzes in der schweiz
nutzen zu ziehen und moechte vor allem manager fuer den
wirtschaftlichen aufbau in die schweiz zur ausbildung
schicken koennen.

beziehungen auf dem gebiet der medien sollten verbessert
werden. ebenso wurde der wunsch nach verbesserungen im
konsularischen bereich gaeussert.

brf nimmt wunsch nach intensivierung des politischen dialogs
zur kenninis. entscheid ueber vermehrte investitionen liege
bei den schweizer unternehmern, aber ueber ein investitions-
schutzabkommen koenne verhandelt werden. er wolle sich fuer
mehr stipendjen und fuer ausbildungsmoeglichkeiten von
polnischen managern in der schweiz einsetzen. im schulden-
bereich verweist brf auf die einseitige bedienung der pri-
vaten glaeubiger (banken), waehrend das unterschriftsbereite
letzte bilaterale abkommen liegenbleibe. im umweltschutz sei
man sich ueber dessen hohe prioritaet einig und man duerfe
von loesungsversuchen auch wirtschaftliche impulse erwarten.

Besprechung mit aussenwirtschaftsminister jastrzebski (j.)
Vom 7.2.89

j. praesentiert die neuen wirtschaftsgesetze (''gewerbe-gesetz''
und ueberarbeitetes ''joint-venture gesetz'' in kraft seit
1.1.89) als kernstueck des versuchs der neuen regierung
rakowski (seit oktober 88), im wirtschaftlichen bereich ''die
dinge wieder in ordnung zu bringen''. als beispiele fuer die
''neue konstitution der wirtschaft'' nennt j. die (geplante)
freie verfuegbarkeit ueber devisen, neue verfuegungen im
erbrecht (besonders landwirtschaft) und eine begrenzung der
steuerlast nach oben. ''man koenne mit armen leuten kein
reiches land schaffen''. sowohl im bereich der investitionen
wie in der zu entwickelnden privatindustrie setzt polen
grosse erwartungen in das kapital von auslandspolen, das j.
auf 80 milliarden dollars schaezt. zudem seien die polen
''geborene haendler''. durch die annullierung von ueber
5000 reglementen und von 90 prozent des bisherigen kontroll-
systems sollen diese initiativkraefte fuer die wirtschaftliche
entwicklung freigesetzt werden.

brf versichert j., dass die von ihm geschilderten entwicklungen in der schweiz mit grossem interesse verfolgt wuerden. als nicht-eg-mitglied habe die schweiz langfristig ein besonderes interesse an der vertiefung ihrer wirtschaftlichen beziehungen zu osteuropa, insbesondere zu polen, ungar und der udssr. auch in der schweiz gebe es polen, die sich durch ihre wirtschaftliche tuechtigkeit ausgezeichnet haetten (z.b. kudelski). im bereich der investitionen sei noch eine vertrauensbasis zu schaffen, die durch ein investitionsschutzabkommen verstaerkt werden koennte. mit besonderem interesse verfolge die schweiz auch die gruendungen von geschaeftsbanken in polen.

j. unterstreicht die guten bilateralen handelsbeziehungen und wirbt um verstaendnis fuer polens schuldenproblem. ein bilaterales investitionsschutzabkommen und eine (in bildung begriffene) polnisch-schweizerische handelskammer wuerden begruesst. nach einer bitte um unterstuetzung von antraegen um aufenthaltsbewilligungen bei kantonalen behoerden schliesst j. mit der frage, was wohl geschehen wuerde, wenn die jetzige regierung mit ihrem liberalisierungsprogramm scheitern wuerde.

brf nimmt die anliegen von j. entgegen, legt den schweizerischen standpunkt in der schuldenfrage dar und wuenscht polen auf dem jetzt eingeschlagenen weg zu einer liberaleren wirtschaftspolitik erfolg.

Gespräch Bundesrat René Felbers (BRF) mit dem Primas der
Katholischen Kirche Polen, Kardinal Jozef Glemp (G) vom 7.2.89

Von Kardinal Glemp willkommen geheissen, verwies BRF auf den Zweck seines Besuchs, nämlich dem Primas Polens seinen Respekt zu erweisen für dessen Rolle auf dem Weg zur nationalen Versöhnung Polens. Der Name des Kardinals sei in der Schweiz wohl bekannt.

G: Wir hoffen sehr, dass der Weg der nationalen Versöhnung zum Erfolg führt. Es ist bereits ein Sieg, dass die Gespräche am runden Tisch zustandekamen. Das Bewusstsein, Versöhnung sei möglich, ist vorhanden. Man kann sich einander annähern und diskutieren. Natürlich gibt es weiterhin Vorbehalte und zögerndes Verhalten, aber der Pluralismus ist im Prinzip möglich. Bisher gab es nur den Dualismus Kirche und Regierung. Wir wünschen mehr Demokratie, wobei dies in einem evolutiven Prozess und nicht durch Revolution erreicht werden soll. Die Polen insgesamt verhalten sich wie die Kirche. Kardinal Wyszynski hat seinerzeit sogar aus dem Gefängnis heraus den Dialog mit den Regierenden geführt. Der Heilige Stuhl verfolgte die gleiche Politik, indem der jetzige Staatssekretär Casaroli bereits seit den 60-er Jahren begonnen hatte, mit den Kommunisten zu reden. Diese Politik bedeutete für die Kommunisten eine Oeffnung und für uns, dass wir ihre Schwierigkeiten (Druck der Sowjets), verstanden haben.

BRF: Wir sind beeindruckt, dass auch die Regierung die grosse Rolle der Kirche explizit anerkennt.

G: Richtig, aber die Kirche will nicht eine sozio-politische, sondern eine spirituelle Kraft sein. Sie hat sich m.E. bereits zu sehr in der Politik engagiert. Wir betrachten die Bezeichnung der Kirche als sozio-politische Kraft als eine Erniedrigung. Andererseits war es unsere Aufgabe zugunsten der Arbeiter zu intervenieren. Die weitere positive Ent-

wicklung bedingt auch, dass die Politik der Perestroika in der Sowjetunion fortgesetzt wird. Die Unterstützung Gorbatschows ist jedoch nicht einhellig und ist vornehmlich in intellektuellen Kreisen angesiedelt.

BRF: Um Erfolg zu haben, muss Gorbatschow materielle Resultate vorweisen können. Wenn eine Verbesserung des wirtschaftlichen und politischen Klimas in den sozialistischen Ländern feststellbar ist, wird die von der Regierung unabhängige schweizerische Wirtschaft Investitionen tätigen und damit einen Beitrag zur künftigen Entwicklung leisten können. In diesem Sinne begrüßen wir die offene und wenig ideologische Haltung unserer Gesprächspartner in der polnischen Regierung.

G: Ich kann bestätigen, dass es sich bei Aussenminister Olechowski um eine äusserst intelligente Persönlichkeit handelt.

BRF: Auch Lech Walesa zeigte sich sehr pragmatisch und nicht ideologisch unbeweglich.

G: Solidarnosc' ist nicht ein Monolith. Der Organismus ist dafür zu gross. Es gibt Rechte und Linke, ja sogar Trotz-kisten. Walesa ist aufrichtig und echt gläubig. Auch das polnische Volk als solches ist katholisch, wogegen die Intelligenzija nicht unbedingt der Kirche zuzurechnen ist. Auf der Regierungsseite sind die Minister und Diplomaten von der Parteischule beeinflusst. Was not tut sind unbeeinflusste Katholiken.

Botschafter Stauffer: Auch die Kirche ist am "Runden Tisch" vertreten. Welche Rolle spielt sie ?

G: Die Kirche ist nur als Beobachter, nicht jedoch als Teilnehmer dabei.

BRF: Wir sind beeindruckt von der Stärke der Kirche.

G: Die Stärke der Kirche ist in der Geschichte begründet. Während der Zeit der Unterdrückung des freien politischen Lebens bot die Kirche den einzigen Freiraum für die Menschen. Unsere Priester haben da vieles geleistet. Heute wiederum kommen viele Leute zu Reichtum. Mit dem sozialen und politischen Umbau wird dies akzentuiert. Unter diesen Umständen muss sich die Kirche künftig vermehrt der Armen annehmen.

Botschafter Staehelin: Wie beurteilt die polnische Kirche die Entwicklung der baltischen Staaten und der dortigen Kirche?

G: Aufgrund der Lockerung der Zügel seitens Moskaus kommen alte Probleme aus der Zwischenkriegszeit wieder zum Vorschein. Dies betrifft insbesondere auch die Lage der polnischen Minderheiten. Von grösserem Interesse ist für uns allerdings die Lage in Weissrussland, wo die kirchliche Organisation weitgehend fehlt. Auch in der Ukraine fehlt die Infrastruktur und zudem wird in der ukrainisch-orthodoxen Kirche Russisch gesprochen.

BRF: Hat das Beispiel der polnischen Kirche irgendwelche Auswirkungen auf die orthodoxe Kirche gehabt ?

G: Es gibt da Unterschiede, die einen Vergleich und Einflüsse erschweren. Die orthodoxe Kirche ist eine Staatskirche. Aber andererseits sind die Russen von Natur her gläubige Menschen, so dass die Kirche auch in der Sowjetunion immer eine bestimmende Kraft sein wird.

gespraech zwischen brf und lech walesa (w.) (begleitet von
bronislaw geremek und tadeusz mazowiecki) am 7.2.
in der schweizerischen botschaft

von brf auf die am vortag begonnene rundtisch-diskussion angesprochen, betont w., dass die fuehrung von solidarnosc verstaendigungswillig sei und kein wahrheitsmonopol beanspruche, dass ihre vorstellungen von jenen des regimes jedoch grundlegend abwichen. das kommunistische system sei in polen am ende und habe seine untauglichkeit in jeder hinsicht bewiesen. es fehle an allem: auf eine wohnung muessten jungverheiratete jahrzehntelang warten, und die versorgung mit konsumguetern sei katastrophal schlecht. ohne tiefgreifende -auch politische - reformen waere das gegenwaertige system nur ueber wasser zu halten, wenn der westen ihm alle paar jahre mit 20 milliarden dollars unter die arme griffe.

was sein land in dieser situation wirklich benoetige, sei aber nicht hilfe aus dem westen, sondern eine fuer beide seiten profitable zusammenarbeit mit diesem. fuer die industrie eines landes wie der schweiz doeten sich hier moeglichkeiten, die vielleicht nicht sofort, aber mittel- und langfristig sehr vielversprechend seien: mit der errichtung von produktionsstaetten in polen lasse sich ein grosser lokaler markt erschliessen und gleichzeitig eine basis fuer den export in drittlaender gewinnen. als beispiele fuer gueter, die von polnischen toechtern schweizerischer unternehmen hergestellt werden koennten, nennt w. fernsehgeraete, waschmaschinen und autos.... der solidarnosc-fuehrer kommt auch auf die in polen besonders akuten umweltprobleme zu sprechen, die innerhalb der nationalen grenzen nicht zu loesen seien, sondern blockuebergreifende, europaeische zusammenarbeit erheischen. polen wolle nicht ausserhalb europas bleiben und auch entwicklungsmaessig nicht hinter europa zurueckfallen.

brf betont, dass es der schweiz nicht darum gehe, eine ideologie zu exportieren oder den polen fuer die loesung ihrer internen probleme rezepte anzubieten. aber unser land sei bestrebt, sich gegenueber ganz europa, auch dem oestlichen, offenzuhalten, dies umso mehr, als es nicht zur europaeischen gemeinschaft der zwolf gehoere. investitionsentscheide seien genaess unserem system jedoch nicht sache des staates, sondern der privaten unternehmungen. polen genieesse in der schweiz seit jeher viel goodwill, und unter wirtschaftlichen entscheidungstraegern finde man bei uns auch leute polnischer herkunft, deren bereitchaft zu einem engagement in der alten heimat besonders ausgepraegt sein muesste. die bewaeltigung der umweltprobleme sei nicht nur eine europaeische notwendigkeit, sondern eroeffne auch wirtschaftliche chancen und anwendungsmoeglichkeiten fuer neue technologie, die selbst kleinere, private unternehmen sich zunutze machen koennten.

schweizerischerseits wuenscht man dem polnischen volk, dass der eben eingeschlagene weg des dialogs ihm die ueberwindung seiner probleme ermoeeglichen werde.

Gespräch BRF mit dem albanischen Aussenminister Malile

Anlässlich eines zufälligen Zusammentreffens am 6. Februar im Flughafen Kloten ergab sich die Gelegenheit zu einem tour d'horizon zwischen Bundesrat Felber (BRF) und dem albanischen Aussenminister Malile (M.).

BRF orientierte über die schweizerische Haltung gegenüber den EG, während M. die Lage in Jugoslawien ansprach. Er zeigte sich beunruhigt über die zunehmende Instabilität und unterstrich, dass diese nicht im Interesse Albaniens liege. Obwohl mehr Albaner in Jugoslawien als in Albanien lebten, wolle die albanische Regierung nichts an den bestehenden Grenzen ändern. Jugoslawien sei durch die wirtschaftliche Hilfe des Auslands verwöhnt worden. Gefährlich sei die Aktivität der Serben, die den Russen nahe stehen.

M. zeigte sich an einer Intensivierung der bilateralen Beziehungen und an einem offiziellen Besuch in der Schweiz interessiert. Dieser soll durch entsprechende Kontakte in Albanien vorbereitet werden.

Genfer Abruestungskonferenz

Die Genfer Abruestungskonferenz hat ihre Beratungen am 7.2.1989 wieder aufgenommen. Waehrend der Fruehjahrssession, welche bis Mitte April dauern wird, erwartet man vor allem eine Beschleunigung der Arbeiten des C-Waffen ad hoc Komitees. Obwohl Frankreich, das fuer 1989 den Vorsitz dieses Komitees uebernimmt, eine C-Waffen Konvention fuer das Jahr 1990 voraussagt, erscheint ein so rascher Vertragsabschluss eher unwahrscheinlich. Zum einen werden in den naechsten Monaten die Bemuehungen der westlichen Industriestaaten, durch verschaeufte Exportkontrollen fuer chemische Produkte und Anlagen die weltweite C-Waffen Proliferation einzudaemmen, die Abruestungsverhandlungen in Genf weiter komplizieren, da sich die Entwicklungslaender von diesen Massnahmen diskriminiert fuehlen werden. Zum anderen stehen konkrete Vorschlaege zur Loesung wichtiger Problemkreise noch immer aus. Zu diesen Problemkreisen zaehlen: die Frage der Wahrung von Geschaeftsgeheimnissen bei Inspektionen; die internationale Ueberpruefung von zivilen chemischen Anlagen; der Anwendungsbereich von 'On Challenge' Inspektionen; die Wahrung der Sicherheit fuer Vertragsstaaten waehrend der 10-jaehrigen C-Waffen Vernichtungsperiode sowie die Finanzierung der Verifikation des kuenftigen Abkommens.

1. Die schweizerische CD-Delegation

Die schweizerische CD-Delegation, bestehend aus einem Beobachter und einem wissenschaftl. Mitarbeiter des EDA, wurde durch einen wissenschaftl. Adjunkten des EDA (Radiologische Waffen), einen militaerischen C-Waffen Experten des EMD sowie einen Seismologen der ETHZ verstaerkt. 1989 wird die Schweiz die Arbeiten von vier ad hoc Komitees (Radiologische Waffen, C-Waffen, Weltraumwaffen, Nukleare Sicherheitsgarantien) aktiv verfolgen.

2. Schweizerische Beitraege zur Verifikation eines umfassenden nuklearen Teststopps

Die Schweiz wird sich kuenftig im Rahmen der Gruppe seismologischer Experten an der Abruestungskonferenz mit wissenschaftlichen Beitraegen am Aufbau eines weltweiten Ueberwachungsnetzes fuer die Verifikation eines umfassenden nuklearen Teststopps beteiligen koennen. Nach intensiven Bemuehungen ist es dem EDA nun gelungen, einen jungen Seismologen des schweizerischen Erdbebendienstes fuer die Mitarbeiten in Genf zu gewinnen.

3. Probeinspektionen

14 Teilnehmer- und Beobachterstaaten der Abruestungskonferenz, worunter auch die Schweiz, fuehren zur Zeit nationale Probeinspektionen in Anlagen der chemischen Industrie durch. Diese Inspektionen sollen dazu dienen, die im Entwurf zum C-Waffen Abkommen enthaltenen Verfahrensbestimmungen zu erproben. Der Hauptzweck der schweizerischen Probeinspektion, mit dessen Durchfuehrung Anfang Februar begonnen wurde, ist es, festzustellen, ob mit den vorgesehenen Inspektionsverfahren Herstellungs- und Verbrauchsmengen bestimmter chemischer Substanzen erfasst werden koennen, ohne dass zugleich Betriebsgeheimnisse erkundet werden koennen oder preisgegeben werden muessen. In Absprache mit den betroffenen Unternehmen wird schliesslich ein Erfahrungsbericht zuhanden der Genfer Abruestungskonferenz ausgearbeitet.

JACOBI

11. 7. 41

Referenzen und Initialen

p.B.58.06.4. - AJ/WMA

X

X

Secret. pol.

1

wochentx

Directives politiques hebdomadaires no 4/89 du 13.2.1989

Besuch von Bundesrat René Felber (BRF)
in Warschau vom 6. - 8. Februar 1989

BRF weilte vom 6. - 8. Februar auf Einladung des polnischen Aus-
senministers T. Olechowski in Warschau. Ausser mit seinem Amtskol-
legen fuehrte er auf Regierungsseite Gespraechе mit Staats- und
Parteichef General W. Jaruzelski, mit Ministerpraesident M.F.
Rakowski sowie mit Aussenhandelsminister Jastrzebski. Gespraechs-
partner ausserhalb der Regierung waren der Primas von Polen,
Kardinal Jozef Glemp, der Vorsitzende von Solidarnosc', Lech Wale-
sa, sowie im Rahmen eines informellen Mittagessens eine Anzahl
Vertreter der polnischen Intelligenzija und Teilnehmer der ''Ge-
spraechе am runden Tisch''.

Der Besuch in Polen, der sich direkt an die Kontaktnahmen mit den
Kollegen aus den Nachbarlaendern anschloss, unterstreicht das
schweizerische Interesse an einer Vertiefung der Beziehungen mit
allen Staaten Europas, welches auch die sozialistischen Staatshan-
delslaender einschliesst.

Der Zufall wollte es, dass die Reise mit der Aufnahme der inner-
polnischen ''Gespraechе am runden Tisch'' zusammenfiel. BRF, der

13.2.89

31.68

RS. [Handwritten signature]

als erster Schweizer Bundesrat nach dem Zweiten Weltkrieg in Polen weilte, hat seiner Genugtuung und der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die eingeleiteten Schritte zur nationalen Versöhnung zum Erfolg führen werden. Gegenüber Arbeiterführer Lech Walesa betonte er, es ginge darum, Kontakt aufzunehmen und die Position und das Programm von 'Solidarnosc' kennenzulernen und die Schweiz wolle nicht politische Lösungen für rein innerpolnische Probleme exportieren. Im übrigen drehten sich die Gespräche weitgehend um wirtschaftliche Fragen. Schweizerischerseits wurde den Gastgebern zu erkennen gegeben, dass die polnischen Schulden gegenüber der öffentlichen Hand der Schweiz ein Hindernis für Fortschritte im bilateralen Verhältnis darstellten. Was die gewünschten Direktinvestitionen betreffe, würden diese sich mit der Verbesserung des Investitionsklimas ohne Intervention der Schweizer Regierung von selbst ergeben. Den Wunsch zum Abschluss eines Investitionsschutzabkommens, zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes sowie bei der Manager-Ausbildung nahm die Schweizer Delegation zur wohlwollenden Prüfung entgegen.

Insgesamt verlief der Besuch in einer ausgezeichneten, sogar herzlichen Atmosphäre und der Eindruck bleibt zurück, dass die bilateralen Beziehungen - sollte sich die Lage in Polen positiv entwickeln - aufgrund des guten Images der Schweiz in Polen, insbesondere auch im wirtschaftlichen Sektor vielversprechend ausgebaut werden können. Jacobi

////

13.2.89

31 68

CK 14. Feb. 89 10

13.02.1989

1.A.22.14.7.3.- SML/CAF

Interne VerteilerlisteIH 7/89

DP 4/89

Betrifft:Wochentelex - Information hebdomadaire / Directives politiques

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter Dayer	DD
Politisches Sekretariat	Botschafter Ramseyer	RY
Politischer Dokumentationsdienst, Kanzlei pol. Sekretariat		W 338
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg Hr. Fivat	LA FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin Hr. Pedotti	SIN PGF
Dienst Frankophonie	Hr. De Dardel	DJ
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Ruegg Hr. Blickenstorfer	RUE BLI
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Robert	RO
Auslandschweizersekretariat	Minister Fetscherin	FN
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Muheim Minister Erard Minister Gyger	MF ER GWB
Sektion Vereinte Nationen und intern. Organisationen	Hr. Hofer	HER
Berater für europäische Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sektion intern. wissenschaftliche Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF
Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Schmid	SCW

Sektion f. kulturelle und UNESCO- Angelegenheiten	Hr. Luciri	LC
Sekretariat der nationalen schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Stettler Minister Godet	KT STR GT
Sektion Völkerrecht	Hr. Spinner	SPI
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sektion Rekrutierung und Ausbildung des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Reich	BRO/RE
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Doswald	DW
Sektion Bezüge und Zulagen	Hr. Trinkler	TK
Verwaltungsinspektorat	Hr. Castelli	CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Delegierter für Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädetsdorf	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Dannecker	GI/ DAR
Informationsdienst	Hr. Beti	BEI
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger	Ke
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste	Hr. Bill	BH

+ Vertrauliche Umschläge:

- Hr. Lorétan, Bundeshaus-West, W 134
- Seeschiffahrtsamt, Basel
- Botschafter Raymond Probst, Brunnaderstr. 76, Bern
(durch Chauffeur zugestellt)

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan	Hamburg	Panama
Abu Dhabi	Hanoi	<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Harare	Paris (3)
Akkra	Havanna	Prag
Alger	Helsinki	Pretoria
Amman	Hong Kong	Quito
Amsterdam	Houston	Rabat
Ankara	Islamabad	Rio de Janeiro
Antananarive	Istanbul	Rom
Asuncion	Jakarta	San Francisco
Athen	Johannesburg	San José
Atlanta	Kairo	Santiago de Chile
Bagdad	Karachi	Sao Paulo
Bangkok	<u>Khartoum</u>	Singapur
Barcelona	Kigali	Sofia
Beijing	Kinshasa	Stockholm
<u>Beirut</u> NKOSIA	Kopenhagen	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kuala Lumpur	Stuttgart
Berlin/BRD	Kuwait	Seoul
Berlin/DDR	Lagos	Sydney
Bogota	La Paz	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lima	Tel-Aviv
Bonn	Lissabon	Tokio
Bordeaux	London	Toronto
Brasilia	Los Angeles	Tripolis
Brüssel+Mission	<u>Luanda</u>	Tunis
Budapest	Luxembourg	Vancouver
Buenos Aires	Lyon	Warschau
Bukarest	Madrid	Washington
Canberra	Mailand	Wellington
Caracas	Manchester	Wien
Chicago	<u>Manila</u>	Yaoundé
Colombo	<u>Maputo</u>	Zagreb
<u>Conakry</u>	Marseille	Riad
Dakar	Melbourne	
Damaskus	Mexiko	
Dar es Salaam	Montreal	
Den Haag	Monrovia	
Dhaka	Montevideo	
Djeddah	Moskau	
Dublin	München	
Düsseldorf	Nairobi	
Frankfurt a/Main	New Delhi	
Genua	New York, UNO+GK	
Guatemala	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- ~~Genf, OI~~ P. Salcedo
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste